

Die Dynamik der militär- und wirtschaftspolitischen Ereignisse östlich der Europäischen Union hat im Jahre 2008 mit aller Deutlichkeit die Wichtigkeit dieses regionalspezifischen Vektors der europäischen Außenpolitik samt ihren sicherheitspolitischen Dimensionen gezeigt. Die immer größer werdenden Interessenunterschiede zu Russland, die zunehmende Aggressivität der russischen Außenpolitik gegenüber Nachbarländern, die dadurch verursachte Instabilität der neuen demokratischen Regime in postsowjetischen Ländern und die systematische Verletzung der europäischen Interessen (auch der wirtschaftsstrategischen) – all dies veranschaulicht die Notwendigkeit, nicht nur die konkreten Problembereiche im Osten, sondern die gesamte Ostpolitik Europas neu zu definieren.

Mangelnde Geschlossenheit

Die zentralen Fragen dabei sind und bleiben sowohl die Rolle Russlands und seiner Dominanzansprüche als auch völlig gegensätzliche Interessen der europäischen Länder in diesem riesigen Peripheriegebiet von Weißrussland bis hin zum Kaukasus. Nach einigen Erweiterungsrounds musste Europa feststellen, dass die postsowjetischen Länder wie die Ukraine, Weißrussland, Moldawien und Georgien auch seine Nachbarn geworden sind. Diese Länder wählten bewusst die europäische Orientierung und die Demokratisierung der Gesellschaft nach dem westlichen Muster. Sie erteilten den groben Anstrengungen Russ-

lands, seine geschrumpfte Einflussphäre mit allen Mitteln um sich zu sammeln, eine klare Absage. Ihrerseits erklärten sich Europa und seine Institutionen – ähnlich wie bei neuen EU-Mitgliedsländern – für eine kontinuierliche Annäherung bereit. Allerdings wird das traurige Fazit dieses Prozesses immer deutlicher. Die postsowjetischen Länder Osteuropas sind anscheinend zur Geisel der Unfähigkeit des vereinigten Europas geworden, eine gemeinsame und an Prinzipien orientierte Außenpolitik im Osten zu betreiben. Dabei zeigte der russisch-georgische August-Krieg von 2008, wie tief die Angst in europäischen Hauptstädten sitzt, das aggressive Russland durch unabhängiges Engagement in seinem imaginären „Hinterhof“ noch mehr zu reizen. Die Folgen dieser „Weder-noch“-Politik sind kaum zu übersehen. Einerseits wird die Spaltung Europas in sogenannte „Russland-Skeptiker“ (ehemalige Länder des Ostblocks, Skandinavien, Großbritannien) und „Russland-Lobbyisten“ (Deutschland, Italien, Griechenland), die wegen ihrer milliarden-schweren Wirtschaftsinteressen viel loyaler gegenüber Moskaus außenpolitischer Härte sind, immer tiefer. Andererseits vergisst man, dass dadurch vor allem der Glaube an die grundlegenden Werte und Prinzipien verletzt wird, die Europa vertritt und verkörpert – das heißt der Glaube an Europa selbst. Zum anderen provoziert die Unentschlossenheit und Beschwichtigungsstrategie gegenüber Russland eine neue Welle der

Arroganz und des Selbstbewusstseins im Kreml, die sich in Form von wachsendem wirtschaftlichen und militärpolitischen Druck auf Russlands Nachbarn niederschlägt.

Schwindender Einfluss

Nicht grundlos bezeichnete der frühere russische Präsident Wladimir Putin den Zusammenbruch der UdSSR in seiner Jahresrede vom 25. April 2005 als die größte geopolitische Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts. Die Sehnsucht nach der verloren gegangenen Größe und Macht der Sowjetunion wurde zu einem paranoiden, aber dennoch präsenten Faktor in Russlands Außenpolitik. Im Gegensatz zum relativ westfreundlichen Kurs der Jelzin-Ära der 1990er-Jahre, den die staatliche Propaganda später als die Zeiten des Chaos und der Instabilität brandmarkte, bezeichnete die Regierung Putins ihren eigenen als sogenanntes „*wstawanije s kolen*“ (wörtlich „von Knien aufstehen“). Welchen konkreten ideologischen Bezug dieser Slogan zur russischen Außenpolitik hatte und wer eigentlich Russland in die Knie gezwungen haben sollte – das heißt, wen Moskau als seinen ursprünglichen Bezwinger betrachtete –, all dies wurde nach der kontinuierlichen Abkühlung der russisch-europäischen und vor allem der russisch-amerikanischen Beziehungen klar. Dank der unnatürlich hohen Ölpreise und Milliarden von Petrodollars, die zu der relativen sozialwirtschaftlichen Stabilität im Lande beigetragen haben, fühlten sich die Machthaber in Moskau nun stark genug, sich dem sogenannten „nahen Ausland“ (der Begriff, der bis jetzt für die Länder der ehemaligen UdSSR verwendet wird) zu widmen und dem Vordringen des Westens dort Einhalt zu gebieten. Lange beobachtete man in Moskau die westliche, die europäische Orientierung der postsowjetischen Nationen – besonders die der Ukraine und Georgiens – mit Arg-

wohn und bitterem Misstrauen. Trotz der Annäherung an die NATO, produktiver Zusammenarbeit in Afghanistan und auf dem Balkan und selbst trotz der Aufnahme Russlands in eine Reihe der europäischen Institutionen hat man in Moskau jede weitere Erweiterungsrunde der Allianz und jede europäische Aktivität im Osten mit wachsender Besorgnis und als Gefahr für Russlands Interessen betrachtet. Es spielte dabei keine Rolle, dass die Nordatlantische Allianz selbst zu einer riesigen bürokratischen militärpolitischen Organisation ohne klares Konzept geworden, dass sie sogar auf dem europäischen Kontinent ohne die amerikanische Unterstützung zu keinem großen Beitrag fähig und dass eines ihrer wichtigsten Ziele unter anderem die Bekämpfung der phantomähnlichen Terroristen-Zellen geworden war. Dennoch strebten die neuen postsowjetischen Demokratien nicht nur die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft an, sondern sie suchten ihre Sicherheitsgarantien gerade bei der NATO, die trotz ihrer schweren Identitätskrise die potenziellen Neumitglieder mit allen Mitteln anspornte. Diesem langsamen Entgleiten der letzten „Einflusszone“ im eigenen Hinterhof musste Russland ein Ende setzen, wofür die ganze Komplexität von effektiven wirtschaftlichen und militärpolitischen Instrumenten eingesetzt wurde. Die „farbigen Revolutionen“ und den Sieg des prowestlich-demokratischen Regimes in Georgien (2003) und in der Ukraine (2004) nahm der Kreml als letzte Warnung wahr und ging zur raschen Handlung über.

Absehbare Eskalation

Das schwächste Glied schien das kleine Georgien zu sein. Dort begann Russland die abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien militärisch und finanziell massiv zu unterstützen. Die Bewohner beider georgischen Regionen wurden

im schnellen Tempo mit russischen Pässen und damit der russischen Staatsbürgerschaft beschenkt. Um den Kampfgeist und Willen gegen die georgische Zentralregierung zu stärken, wurden nach Abchasien und Südossetien hochrangige russische Militärs und Geheimdienstler abkommandiert. Zu Beginn des russisch-georgischen Krieges im August 2008 bestanden die „abchasischen“ und die „südossetischen“ militärpolitischen Eliten beinahe ausschließlich aus eingereisten russischen Kadern. Getarnt mit dem internationalen Mandat und die Militärpräsenz seiner Friedenstruppen in der Region nutzend, begann Russland die Situation in Georgien immer mehr zu destabilisieren. Nach dem NATO-Gipfel im April 2008 in Bukarest, als die zukünftige Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die Allianz offiziell bestätigt wurde, reagierte der russische Außenminister Lavrov extrem gereizt und „viel versprechend“: „Wir werden alles tun, um dies zu verhindern!“ Die Folgen des Versprechens ließen nicht lange auf sich warten. Bereits in demselben Monat beauftragte Wladimir Putin die staatlichen Behörden, direkten Kontakt mit abtrünnigen georgischen Provinzen aufzunehmen, was letztendlich nichts anderes als die offizielle Anerkennung der bereits seit Jahren bestehenden Kontakte zwischen Russland und seinen Marionetten in georgischen Konfliktgebieten war. Im Mai 2008 entsandte Moskau seine Eisenbahntruppen in georgisch-abchasisches Konfliktgebiet, ohne Georgien, die UNO und überhaupt jemanden zu fragen, mit dem Auftrag, die Schienen und Transportadern von der russischen Grenze bis zur georgisch-abchasischen administrativen Grenze wieder befahrbar (vor allem für Züge mit schwerer Militärtechnik) zu machen. Im Frühsommer 2008 stationierte Moskau dort zusätzliche fünftausend Elitesoldaten mit allem notwendigen Militärgerät und begann die georgische Souveränität

im Luftraum systematisch zu verletzen. Weder Europa noch NATO oder UNO haben auf Warnungen aus Georgien ernsthaft reagiert. Es waren wieder die USA, deren Diplomaten eine unglaubliche Aktivität entwickelten, um die sich anbahnende Krise zu lösen. Der Vermittlungsversuch des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier ist kläglich gescheitert. Später sagte er in den Medien: „Dies ist wahrscheinlich eine der größten Krisen, die wir seit dem Ende des Kalten Krieges, seit Beginn der 1990er-Jahre haben ... Das ist eine Eskalation, die in dieser Schärfe nicht absehbar war.“ Er hatte unrecht, denn zumindest für eine Konfliktpartei – für Russland – ist die Eskalation absehbar gewesen, denn zum Zeitpunkt seines Besuches waren die Würfel in Moskau bereits gefallen.

Konzeptuelles Umdenken

Anders gestaltete sich die Strategie Moskaus gegenüber der Ukraine mit ihren 47 Millionen Einwohnern. Die Größe des Landes, direkte Grenzen mit der Europäischen Union und die strategische Bedeutung seiner Kommunikation für die Energieversorgung der europäischen Staaten begünstigten objektiv eine viel aktivere Politik der westlichen Nachbarn und setzten Russlands dreisten Ansprüchen gewisse Grenzen. Dennoch sind die geopolitischen Ziele Russlands bezüglich der Ukraine, die sich endgültig im Laufe der Zeit nach Jelzin herauskristallisiert und die Ukraine als unbedingt zurückzuholendes russisches Gebiet definiert haben, unverändert geblieben. Sie sind sogar unverschleiert aggressiv geworden, und nehmen einen festen Platz in Reden russischer Politiker höchsten Grades ein. Erschreckend waren die Worte des russischen Ministerpräsidenten auf der Sitzung des Rates „NATO-Russland“ im April 2008. Wladimir Putin sprach der Ukraine selbst das Recht auf Staatlichkeit ab und stellte ihre künftige Existenz im

Falle weiterer prowestlicher Orientierung generell infrage. Auf eine erste Probe gestellt wurde die europäische Ostpolitik schon viel früher, nämlich im November/Dezember 2004 während der politischen Krise, der sogenannten „Orangen Revolution“ in der Ukraine. Es war kein Geheimnis, dass Moskaus Hauptziel die Machtübergabe an den Russland-Freund W. Janukowitsch war. Der russische Präsident Wladimir Putin ging dabei so weit, dass er über das Fernsehen direkt für den prorussischen Kandidaten agitierte und vor der Veröffentlichung der endgültigen Wahlergebnisse seinem Favoriten offiziell und als einziger ausländischer Staatschef zum Sieg gratulierte. In diesem Moment geschah etwas, das zum ersten Mal eine konsolidierte europäische Position und eine prinzipiengeleitete Politik im Osten präsentieren sollte. Es waren nicht die europäischen „Titanen“ – Frankreich, Deutschland, Italien oder Großbritannien –, die diese Aufgabe übernahmen, sondern eben die osteuropäischen „Neulinge“, die sofort verstanden hatten, welche Gefahr der Ukraine und den europäischen Interessen durch Russlands Einmischung drohte. Ein politischer Kompromiss, vermittelt durch das Engagement Polens, Litauens und des hohen Vertreters für die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, verhalf der prowestlichen politischen Gruppierung um Wiktor Juschtschenko zum Sieg. Die Reaktion aus Moskau ließ nicht lange auf sich warten und sollte sowohl die Ukrainer als auch die Europäer angesichts ihrer großen Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen einschüchtern. Zweimal drehte Russland den Hahn zu; dies geschah immer wieder in den kältesten Wintermonaten – im Januar 2005 und 2009. Die primitive Rechnung, durch eigene Monopolstellung zu profitieren beziehungsweise die Unzufriedenheit europäischer Länder als politisches Druckmittel auf die Ukraine aus-

zunutzen, ging nicht auf. Ganz im Gegenteil: Endlich begann man in Brüssel klar zu verstehen, mit wem man es im Osten zu tun hatte. Und wenn die erste Gaskrise Europa nur kurzfristig in Schock versetzte, führte der blitzartige russische Feldzug gegen Georgien, die Annexion zweier georgischer Provinzen durch Russland (beide Länder sind Mitglieder des Europarates), die Missachtung des von Nicolas Sarkozy vermittelten und von allen Seiten unterzeichneten Friedensplanes, die zweite Gaskrise, die Drohung, Mittelstreckenraketen vom Typ „Iskander“ in der Kaliningrad-Enklave zu stationieren, der Druck auf Kirgisien, der zur Schließung des für in Afghanistan stationierten NATO-Truppen wichtigen Manas-Luftstützpunktes geführt hat – all dies und viele andere Faktoren, die keinesfalls eine Reihe der Zufallsereignisse darstellen, mussten das konzeptuelle Umdenken der Politik Europas im Osten erwirken. Die natürliche Frage, die sich in diesem Kontext stellt, lautet, ob Europa überhaupt die Mittel hat, nicht nur die „revanchistischen“ Bestrebungen Moskaus zu parieren, sondern auch die sich nach der Sowjetunion sehnenenden Machthaber im Kreml endlich zur Raison zu bringen.

Stolzer Konkurrent

Imperialer Traum und Großmachtwahn sind zu nicht zu unterschätzenden mentalen Besonderheiten der Putin'schen russischen Elite geworden, die auch dann zu berücksichtigen sind, wenn Europa zumindest äußerlich gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Moskau anstrebt. Russland ist aber kein „klassischer“ Nachbar, der ruhig zusieht, wie Europa sich geografisch und institutionell ausdehnt. Es ist ein Konkurrent für Europa im europäischen Osten, der im Unterschied zu Europa keine alternativen Werte, Anreize, Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle anbieten kann. Russland

ist ein sich selbst als Imperium definierendes Land. Und es schreckt selbst vor brutaler Gewalt nicht zurück, wenn es sich um seine imaginären Einflusszonen und großrussischen Stolz handelt, um den krankhaften Stolz, der durch Erfolge des Westens und Europas im Osten nicht beflügelt, sondern gekränkt und verletzt wird. Ob solchen „guten“ Beziehungen – eine Einschätzung, die von der Realität weit entfernt ist – auch Europas strategische Interessen im Osten geopfert werden sollten? Russland setzt alles darauf und tut dies ziemlich geschickt, das Schlimmste für sich – eine gemeinsame europäische Position bezüglich der Außenpolitik im Osten – zu vermeiden. Vor allem Deutschland, dessen Export und Energieinteressen in Russland milliarden schwer sind, und Italien, wo vor einem Jahr brisante Untersuchungen über das Netz und den Einfluss der russischen Geheimdienste angestellt wurden, zeigen sich besonders sensibel und verständnisvoll gegenüber russischen Partnern. Kaum zu vergessen sind die Fernsehbilder der deutschen Diskussionsrunden über den russisch-georgischen Krieg, bei denen ausgerechnet die Vertreter der deutschen Wirtschaft sich in wahrhafte Anwälte Russlands verwandelten.

Die Peitsche gab es für die Länder, die sich besonders stark für die Ukraine und Georgien einsetzten. So stoppte man Öllieferungen nach Litauen, und gegen Lettland wurden massive Propagandaaktionen organisiert. Deutlich spürbar bestrafte man Polen, dessen Produkteinfuhr nach Russland verboten wurde. Hinzu kam seit 2009 die Annullierung der Genehmigungen für polnische Transportunternehmen, die führend im Ost-europa-Güterverkehr waren und nun zu Hunderten pleitegingen.

Dennoch gibt es auch Gründe für Optimismus. Die östliche Nachbarschaftspolitik Europas wird mit Millionen von Euro aufgestockt. Sie dient als Entwicklungs- und Europäisierungsplan für die postsowjetischen Länder und wird direkt von den Fortschritten des jeweiligen Landes abhängig gemacht. Auch im Energiesektor kommt es langsam zu der Einsicht, dass selbst wichtige bilaterale Projekte wie zum Beispiel das Projekt „Nord Stream“, nach dem der Bau der Gasleitung von Russland nach Deutschland in der Ostsee geplant ist, nur mit Berücksichtigung der gesamteuropäischen Interessen und der Entwicklung alternativer Versorgungsrouten (wie zum Beispiel Nabucco) zu akzeptieren sind.

Die globale Wirtschaftskrise hat gewisse Korrekturen in der europäischen Ostpolitik mit sich gebracht. Für die „Reichen“ ist es schwieriger geworden, die „Ärmeren“ zu unterstützen. Trotz der finanziellen und konjunkturellen Probleme tut die EU aber genau das, was ihr in der Zukunft Erfolg im Osten bringen wird. Am 7. Mai 2009 feierte man in Prag die Eröffnung des Programms „Östliche Partnerschaft“ für sechs postsowjetische Länder unter dem Dach der europäischen Nachbarschaftspolitik. Dadurch verpflichtete sich die EU nicht nur zu deutlich mehr Engagement im Osten, sondern gewissermaßen auch für die Zukunft der neuen Partnerstaaten. Auch die jüngsten Treffen der europäischen Diplomaten und Abgeordneten mit ihren russischen Kollegen zeigen ebenfalls, dass Europa nicht bereit ist, im Osten eine „Tauschpolitik“ auf Kosten eigener Grundprinzipien zu betreiben. Es bleibt nur zu hoffen, dass diese Tatsache auch in Moskau verstanden wird.